



Notbremse ziehen!

**Nach Grundsteuer B-Erhöhungen jetzt Straßenbeiträge?
Nicht einfach so weiter machen!**

Fast 120 Besucher kamen zur Veranstaltung „Nein zur Straßenbeitragsatzung“. Im Bürgertreff musste die Trennwand zum Nebenraum geöffnet werden, viele Stühle wurden hereingetragen.

„Wir sollten wachsam sein, es kann teuer werden“, sagte Stadtverordneter Dietmar Treber zur Begrüßung. Hermann Schaus, Landtagsabgeordneter und parlamentarischer Geschäftsführer der Linken im hessischen Landtag und Gerd Schulmeyer, DKP/LL-Fraktionsvorsitzender saßen mit im Podium. Es gab eine kämpferische Stimmung. Dietmar Treber: „Man muss jetzt aktiv werden und Protest organisieren.“ In Mörfelden-Walldorf soll die Beitragsatzung noch in diesem Jahr eingeführt werden. Damit müssten sich die Einwohner finanziell an Straßengrundsanierungen beteiligen.

Bei Nichteinführung setzt die Landesregierung die Kommunen unter Druck und will über das Regierungspräsidium die Haushalte nicht genehmigen. Das ist eine politische Erpressung, die es so noch nicht gab.

Hermann Schaus berichtete, die Landesregierung dränge die Kommunen dazu, Investitionen für Sanierungen auf möglichst viele Bürger umzulegen und das Geld über eine jährliche Gebühr einzuziehen. Es sei wichtig, es im größeren Zusammenhang zu sehen: Das Land verlagere immer mehr Aufgaben und Ausgaben auf die Kommunen, denen dann nichts anderes übrig bleibe, als sich das Geld von den Bürgern zu holen. Mit „wiederkehrenden“ Beiträgen wolle man Widerstände aus der Bevölkerung klein halten, ergänzte Gerd Schulmeyer. Diese Variante sei auf den ersten Blick weniger schmerzhaft,

da kleinere Beiträge zu zahlen seien. Diese aber jedes Jahr, weshalb es langfristig auf die gleiche Belastung hinauslaufe. Die Diskussion war sehr lebhaft: „Bereits beim Bau der eigenen vier Wände fallen hohe Kosten für die Erschließung des Grundstücks an. Durch die neue Steuer sollen dann die Grundstückseigentümer ein weiteres Mal zur Kasse gebeten werden“, hieß es. Von mehreren Anwesenden wurde die Gründung einer überparteilichen Bürgerinitiative vorgeschlagen, um die Straßenbeiträge zu verhindern. Egal wer welche Parteien bei der Kommunalwahl gewählt hat, jetzt müsse man zusammenstehen. Nur ein anwachsender Druck auf die Entscheidungsträger im Rathaus kann hier Erfolg haben.

„Die Parteien wollen ja wieder gewählt werden“, meinte eine Besucherin am Ende der Veranstaltung.



Veranstaltung der DKP/LL im Bürgerhaus



**Am Mittwoch, 25. Oktober 2017, ab 20 Uhr
gibt es im Bürgerhaus Mörfelden
eine öffentliche Bürgerversammlung.
Als vorletzter Punkt auf der Tagesordnung
steht der Punkt:**

Verpflichtung zur Einführung einer Straßenbeitragsatzung.

Man sollte zahlreich erscheinen und sich nicht von endlosen Monologen der Stadt-
oberen einschläfern lassen. Man muss auch nicht immer höflich sein und sich mit
„Powerpoint“-Präsentationen totschiessen lassen.

Demokratie ist, wenn vor allem die Bürgerinnen und Bürger zu Wort kommen.

Glyphosat-Einsatz untersagen

Die DKP/Linke Liste Stadtverordnen-
tenfraktion stellte folgenden Antrag:
„Die Stadt Mörfelden-Walldorf unter-
sagt den Einsatz von Glyphosat. Dies
soll die Gesamtfläche der Gemarkung
der Stadt betreffen. Die Bürgerinnen
und Bürger werden daneben über die
möglichen Gefahren von Glyphosat
informiert.“

In der Begründung heißt es u.a.:

Die Ernsthaftigkeit von Nebenwir-
kungen mit all den Gefahren für die
Umwelt und den Kreislauf, von dem
auch die Menschheit ein Teil darstellt,
ist längst nicht mehr von der Hand zu
weisen. Dennoch wird in Deutsch-
land in der Landwirtschaft weiterhin
Glyphosat großflächig auf die Felder
gesprüht. ... Für Mörfelden-Walldorf
sollte die Gesundheit von Mensch
und Tier im Vordergrund stehen und
die Stadt kann für ein neues Naturbe-
wusstsein eintreten. Mit einem Verbot
wäre dazu ein Zeichen gesetzt, das
nicht nur symbolisch eine positive
Wirkung ausstrahlen würde.

LESERBRIEF

Es stinkt zum Himmel

*Ich bin stinksauer, dass ich in unserer Ge-
meinde von Leuten „regiert“ werde, die sich
sozial und demokratisch nennen, aber ihre
parlamentarische Mehrheit mit einer zufällig
zusammengewürfelten Gruppe herstellten,
die offenbar nicht wissen, dass es Grenzen
der Belastbarkeit gibt. Die Freien Wähler
selbst gingen damals auf Stimmenfang
mit Wahlversprechen, die sie nie gehalten
haben. Gemeinsam mit der FDP schlüpfte
man dann unter einen „christlichen“ Ret-
tungsschirm, um hinterher den Bürgerinnen
und Bürgern „gottergeben“ zu sagen, dass
nur Steuer- und Beitragserhöhungen den
Haushalt retten können.*

*Eigentlich sollten die „Gewählten“ für die
Einwohner kämpfen, wenn „von oben“
solche Vorgaben wie die unverschämte
Forderung nach Straßenbeiträgen heran-
getragen werden.*

*Nach der mehrmaligen Erhöhung der
Grundsteuer B sage ich: Jetzt reicht es aber!
Ich bin dafür, dass wir Einwohner uns zusam-
menschießen und in einer überparteilichen
Bürgerinitiative den Protest organisieren.*

Annelies Schmitt,

Mörfelden-Walldorf, Westendstr. 62

Neues zum Ärztehaus

Wir hörten, dass es erneut Diskus-
sionen um den Fortbestand des
Ärztehauses in Mörfelden gibt.

Wie es hieß, sei die Bausubstanz sehr
marode und es müsse grundsaniiert
werden.

Es würden Gespräche mit den dort
ansässigen Ärzten und dem Inhaber
der Immobilie geführt.

Offenbar scheint die Idee, das
Ärztehaus an der Peripherie zu
bauen, vom Tisch. Es wurde die Idee
favorisiert, das Ärztehaus moderni-
siert (u.U. erweitert) am bisherigen
Platz zu lassen. Die DKP/LL-Fraktion
und die DKP - auf deren Initiative das
Ärztehaus Ende der 1970er Jahre er-
richtet wurde - hoffen, dass ein echter
Fortschritt jetzt zu sehen ist.

Die ärztliche Versorgung der Ein-
wohner unserer Stadt braucht auch
in Zukunft eine sichere Perspektive.



*Ende Juni sollte der Umbau am früheren
Netto-Markt beginnen. Für Oktober
war die Eröffnung des neuen Einkaufs-
zentrums angekündigt. Das war wohl
nix. Auf Nachfrage erklärte der Erste
Stadtrat, dass es bis zum Jahresende
klappen soll. Zeit wär's.*

Wer zahlt die Zeche?



Wahrgewinn

Unglaublich: Da geht ein Weltkonzern wie Volkswagen hin und lässt in Millionen seiner Dieselfahrzeuge eine Software einbauen, die nichts anderes macht, als die wahren Schadstoffbelastungen zu verschleiern. Andere Autohersteller machten es genauso. Klar müsste jetzt eigentlich sein, die Abgasbetrüger müssen die Zeche bezahlen und nichts darf am Verbraucher hängen bleiben.

Aber dann machte man „Abgas-Konferenzen“ und es wird gefeilscht, wer was bezahlt. Eine Abwrackprämie ist in der Diskussion - und ruck-zuck haben wir ein Konjunkturprogramm für die Autobauer.

Wir meinen: Die Machenschaften der Autokonzerne dürfen nicht länger

politisch gedeckt werden. Und es darf keine „Enteignung“ der Autobesitzer geben.

Alle Bestimmungen des Grundgesetzes zum Schutz des Eigentums werden missachtet. Autokonzerne wie VW haben eben nicht nur ein ökologisches Desaster mitzuverantworten, sondern belasten zusätzlich Millionen von Autobesitzern.

Schätzungen gehen von einem Schadensvolumen von bis zu 15 Milliarden Euro aus. Durch Abschalteneinrichtungen, gefälschte Verbrauchswerte sowie den mit der Affäre verbundenen Werteverfall der Autos ist ein massiver materieller Schaden entstanden, den die Unternehmen nicht bereit sind zu beheben.

Die letzte „Große Koalition“ hat den Autobauern auch noch den Rücken gestärkt. Die Einigung, kostengünstig eine Software im Wert von 100 Euro aufzuspielen, die den Schadstoffausstoß um 25% reduziert, statt für 1500 Euro Einrichtungen zu verbauen, die 90% Reduzierung zur Folge hätten, ignoriert nicht nur den Umweltschutz, sondern lässt auch die Autobesitzer im Regen stehen, denn diese Scheinlösung verhindert eine Entschädigung. Es ist erschreckend, in welchem Ausmaß sich die Parteien der Lobby der Autokonzerne beugen. Zwei besonders pikante Beispiele sind dabei der niedersächsische SPD-Ministerpräsident Stephan Weil und der ehemalige CDU-Staatsminister Eckart von Klæden, Merkel-Vertrauter und Daimler-Cheflobbyist. Das nennt man schlicht eine Unterordnung unter die Interessen des großen Kapitals. Es kann nicht sein, dass Millionen Verbraucher jetzt auf den Klageweg verwiesen werden, um ihr Recht durchzusetzen. Die Konzerne müssen für die durch den Betrug verursachten Schäden in Haftung genommen werden.

Eine Partnerschaft für den Frieden

In der Presse zu lesen: „Schilder mit der Aufschrift „Atomwaffenfreie Zone“ sorgten für den ersten Kontakt zwischen Mörfelden-Walldorf und dem niederländischen Wageningen.

Mitten im Kalten Krieg beschloss das Stadtparlament 1982, sich der Forderung nach Abrüstung anzuschließen und das Stadtgebiet zur atomwaffenfreien Zone zu erklären. Über 200 Städte beteiligten sich damals an der Aktion, darunter Amsterdam, Oxford, Manchester und eben Wageningen. Mörfelden-Walldorf ging als erste deutsche Stadt diesen Schritt, was in Wageningen für Aufmerksamkeit sorgte und gut ankam. Die beiden Kommunen schlossen daraufhin 1985 eine Friedenspartnerschaft, die 1992

in eine offizielle Städtepartnerschaft umgewandelt wurde.“

Der Antrag für die symbolische Aktion „Atomwaffenfreie Zone“ kam damals von der DKP-Fraktion und es bedurfte vieler Anläufe, bis die Sache durchgesetzt wurde.



blickpunkt jugend



Vor der Bundestagswahl wurde schon gar nicht mehr spekuliert, ob die AfD in den Bundestag einzieht. Bei allen Vorhersagen war sie schon ins Parlament „eingezogen“.

Viele junge Menschen, die von unserer Vergangenheit, von Krieg und Faschismus wenig wissen, zucken nur die Schultern, wenn es um diese Partei geht.

Wer die Äußerungen der AfD-Spitzenpolitiker der letzten Monate registriert hat, muss sich fragen: „Ist das wirklich schon alles vergessen?“

*Ist das alles schon wieder vergessen
Wie sie aus schützenden Hinterhalten
Andersdenkende niederknallten?
Wie sie die braunen Verbände formierten
Und welche Kreise sie finanzierten?
Wie sie protzten mit Orden und Tressen -
Ist das alles schon wieder vergessen?*

*Ist das alles schon wieder vergessen
Wie sie die Juden zu Tode hetzten
Und die Erde mit Blut benetzten?
Wie sie bewusst den Kriegsbrand schürten
Und die Jugend aufs Schlachtfeld führten
And're Völker auszupressen -
Ist das alles schon wieder vergessen?*

*Ist das alles schon wieder vergessen
Wie sie auf keinen Notschrei hörten
Und die eigene Heimat zerstörten?
Wie sie nach all' den millionen Toten
Frauen und Kinder zum Kampf aufgeboten?
Wie sie sich selber schonten indessen -
Ist das alles schon wieder vergessen?*

*Ist das alles schon wieder vergessen
Wie sie sich feige und ehrlos verkrochen
Als dann alles zusammengebrochen?
Wie sie sich jetzt schon wieder erfreuen
Offen, mit lauter Stimme zu sprechen
Von ihrer Unschuld, dreist und vermessen -
Ist das alles schon wieder vergessen?*

Ist das denn wirklich schon alles vergessen?

WALTER DEHMEL



„Das Kapital“

Vor 150 Jahren, am 14. September 1867, wurde im Börsenblatt des Deutschen Buchhandels eine Neuerscheinung bekanntgegeben: „Das Kapital, Band 1: Der Produktionsprozess des Kapitals“ von Karl Marx.

Es ist eins der wichtigsten Bücher überhaupt. Präziser gesagt, sind es drei Bücher. Zu Karl Marx' Lebzeiten (1818–1883) erschien nur dieser erste Band, die anderen beiden wurden posthum von seinem Freund Friedrich Engels herausgegeben. Er war auch ziemlich der einzige, der seine Handschrift lesen konnte. Karl Marx hatte am Anfang geglaubt, er könne „Das Kapital“ in einem halben Jahr fertigstellen. Es wurden dann doch 22 Jahre. Denn Marx stürzte „sich immer von neuem in ein endloses Büchermeer“.

Wenn dieses „Saubuch“ (Marx) endlich fertig sei, wolle er sich „ohne alle Gnade“ betrinken, erklärte Engels. Marx wollte es ganz genau wissen.

„Das Kapital“ ist das beste Argument, dass man Bücher lesen soll – wenn man wissen will, wie der Hase läuft. Gegen den Kapitalismus und für eine gerechte Gesellschaft, das ist die Sache der Linken. Die Rechten sind gegen „Das Kapital“ und für das Kapital. Im Buch von Marx steht, wie der Kapitalismus funktioniert. Wenn Marx am 5. Mai 2018 seinen 200. Geburtstag hat, werden wir jedenfalls das Glas erheben. Foto: Karl-Marx-Relief an der Universität in Leipzig



Wie in jedem Jahr wurden am 11. September von Mitgliedern des ehemaligen Chile-Komitees am Allende-Platz in Mörfelden Blumen niedergelegt.

Am 11. September 1973 putschte das Militär in Chile. Der drei Jahre zuvor demokratisch gewählte sozialistische Präsident Salvador Allende starb, nachdem die Luftwaffe begonnen hatte, den Präsidentenpalast zu bombardieren und Putsch-Militär in den Palast eingedrungen war. Der Putsch wurde von den USA politisch und finanziell unterstützt, vor allem durch Operationen der CIA. Die Gedenkstätte wurde damals von der DKP-Fraktion im Stadtparlament initiiert und durchgesetzt.



Freiheit statt Kapitalismus

„Freiheit statt Kapitalismus“ (Über vergessene Ideale, die Eurokrise und unsere Zukunft). Der Kapitalismus versagt vor seinen eigenen Ansprüchen, sagt Sahra Wagenknecht. Sie nimmt Ludwig Erhard beim Wort: Wohlstand für alle! In ihrer brillanten Analyse unseres Wirtschaftssystems entwirft sie ein Zukunftsmodell, das dort weiterdenkt, wo die meisten Marktwirtschaftler auf halbem Wege stehenbleiben.

Schon lange sind nicht mehr Wettbewerb oder gar Leistung die zentralen Merkmale und Perspektiven unserer Wirtschaft. Der Kapitalismus hat seine Produktivität und Kreativität verloren. Wenn Ökonomie die Kunst des Anreizesetzens ist, wirken heute die falschen, denn sie belohnen abstrakte Renditeziele und Jobvernichtung statt Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen, Umweltschonung und Unternehmenswachstum. Die aktuelle Wirtschaftskrise ist auch eine Kreativitätskrise, so die Autorin. Sie nimmt die Theoretiker der Sozialen Marktwirtschaft beim Wort und beschreibt es als dringlichste Herausforderung an die Wirtschaft, wieder produktiv und innovativ zu sein. Denn es muss nicht nur gerechter verteilt werden, es muss auch wieder mehr zu verteilen geben. Dazu gehört neben öffentlichen Banken als Kreditgeber für den Mittelstand auch eine radikal veränderte Eigentumsordnung, die eine echte Leistungsgesellschaft erst möglich macht. Kreativer Sozialismus, so Sahra Wagenknecht, belohnt nicht den, der sich auf ererbten Werten ausruht, sondern den, der Werte schafft. Ein Plädoyer für eine neue Wirtschaftsordnung.

Das Buch ist 2012 erschienen und deshalb nicht ganz aktuell. Dennoch ist es lesenswert, denn Grundsätzliches wird nicht so schnell vom Alltag überholt.

Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main, Taschenbuch edition berolina, Berlin (2016), 12,90 Euro



Ein hochaktueller Beschluss von 1982

Im September wurde das 25jährige Bestehen der Städtepartnerschaft mit dem niederländischen Wageningen gefeiert. Eine 40köpfige Besuchergruppe aus Wageningen unter Vorsitz des Bürgermeisters besuchte Mörfelden-Walldorf und nahm an zahlreichen Veranstaltungen teil. Darunter war auch die Eröffnung der Ausstellung „Frieden braucht nach wie vor Bewegung“, die an den Ursprung der Städtepartnerschaft erinnerte.

Diese geht nämlich (s. S. 3) letztlich auf den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 15. Juni 1982 zurück, als SPD und Grüne einer Initiative der DKP folgten und Mörfelden-Walldorf als erste Stadt der Bundesrepublik (symbolisch) zur „Atomwaffenfreien Zone“ erklärten und sich mit den Friedensbewegungen auf der Welt solidarisierten.

Im Vorfeld hatte u.a. die SDAJ hunderte Unterschriften dafür gesammelt. An den Ortseingangstafeln wurden entsprechende Zusatzschilder angebracht.

In anderen Ländern Europas - so auch in den Niederlanden - gab es solche Initiativen damals schon länger und es wurde aufmerksam verfolgt, wo sich jetzt auch bundesdeutsche Städte daran beteiligten. So wurde man in der niederländischen Universitätsstadt Wageningen, die sich ebenfalls zur atomwaffenfreien Zone erklärt hatte, auf Mörfelden-Walldorf aufmerksam.

1985 wurde eine Friedenspartnerschaft beschlossen, die dann 1992 in eine offizielle Städtepartnerschaft umgewandelt wurde.

Übrigens ist der Beschluß, die Stadt zur atomwaffenfreien Zone zu erklären, niemals aufgehoben worden und er ist eigentlich hochaktuell.

In vielen Ecken der Welt brennt es. An der Grenze zu Rußland fahren die USA und die Bundeswehr ihre Panzer auf. Dann wundert man sich, wenn die Russen ebenfalls ein Manöver durchziehen.

Auch die heutigen amerikanisch-nordkoreanischen Drohgebärden wären ein Anlaß, die Zusatzschilder wieder an den Ortseingängen anzubringen.

Einen aktuellen Beschluss dazu gibt es jedenfalls.

Nach der Wahl

Wenn Sie diese Zeitung in der Hand halten, ist die Bundestagswahl gelaufen. Diese Zeilen wurden noch vor dem Wahltag geschrieben. Die Vorhersagen waren aber so stabil, dass auch jetzt schon vermutet werden darf, die Merkel kann weitermachen.

Ob sich die SPD aber zur Regierungsbildung hergibt, oder ob sie sich in der Opposition mühsam wieder eine linke Rhetorik antrainieren darf, dürfte noch eine der spannenderen Fragen sein. Dass viele Parteien ihre Wahlkampfversprechen nach der Wahl schnell vergessen, wissen wir. Um so wichtiger ist es, sie verstärkt daran zu erinnern.

Die Zeiten werden rauer, es wird kontroverser zugehen in diesem Land. Druck von links und außerparlamentarischer Widerstand der Gewerkschaften sowie der sozialen Bewegungen ist dann wichtiger denn je.





Schnapsidee

„Guggt eich mol des ool!“, sagten uns die Leute. Es gibt eine neue Ordnung an der Grünabfallsammelstelle, hieß es. Wir fahren hin.

Vorn zwei Schilder: STOP. Daneben zwei Wohncontainer. Ein „Wachmann“ tritt heraus, fragt eine Frau, die hereinfährt „Wo kommen Sie her?“ Aus Merfelle. „Was haben Sie geladen?“ Gartenabfall. Dann die Belehrung: „So einfach abladen geht nicht mehr. Dort stehen zwei Container mit einer Eisentreppe - hochtragen, reinkippen.“

Die ältere Frau, „dann fahr ich wieder heim, das kann ich nicht.“

Ein anwesender Arbeiter - selbst mit Gelenkproblemen - hilft selbstverständlich. Ein weiterer Anlieferer: „Honn die kaa Herrn?“

Nächster Tag. Man kann hinten wieder Abfälle abladen. Auch ein Container ist hinten geöffnet. Ein städtischer Arbeiter gabelt Grasschnitt in den Riesencontainer.

„Wir mähen z.B. in Kindergärten. Jetzt müssen wir alles hier reinschaffen. Das dauert wesentlich länger.“ Hoffentlich dauert es nicht allzulange, bis man im Rathaus merkt: Das war wohl doch eine „Schnapsidee“ mit der neuen Ordnung. Offenbar nicht zu Ende gedacht hat man jedenfalls diese „Ordnung“, die eigentlich in die „Kerwe-Zeitung“ gehört.

Vielleicht gibt es ja dafür Umweltschutz- oder Einsparungsgründe - aber so geht es nicht.

Vorschlag: Der städtische „Entscheider“ geht mal einen Tag hin und hilft den älteren Leuten. Dann ist er mal wieder nahe bei den Bürgerinnen und Bürgern.



Gestank

Freitagnachmittag (1.9.). Das Ordnungsamt hat Feierabend. Keiner geht mehr ans Rathaustelefon. Zeit für die Stinker.

Mindestens 10 Stunden war halb Mörfelden verstäncert. Es gab viele Beschwerden. Was es diesmal auch immer war - Gülle, alte Silage oder Abfälle aus der Energiegewinnung - es stank wieder einmal fürchterlich und das neben den Wohnhäusern. Noch am Montag, als der Bauer das Zeug unterpflügte (Foto), stank es im angrenzenden Wohngebiet.

Da solche Belästigung immer wieder vorkommen, könnte sich auch mal das Ordnungsamt drum kümmern. Das neue Düngerecht sieht zum Beispiel vor, die Zeiträume zu verlängern, in denen nicht gedüngt werden darf. Außerdem müssen die Bauern ihren Düngebedarf ermitteln und schriftlich planen.



Ob dem Verantwortlichen die Ohren geklingelt haben?

Das gab vielleicht Diskussionen. Da ist einer im Rathaus auf die Idee gekommen, einige der vorhandenen Parkplätze am Dalles für Stadtbedienstete zu reservieren. Das mag ja wichtig sein - aber man hätte auch auf dem großen Parkplatz hinten reservieren können. Da, wo man jetzt nicht mehr hin kann, waren vor allem Kurzparker zu finden, die mal schnell zur Apotheke oder in den Gemüseladen wollten. Jetzt hat man dem Bauern am Markt einen Schlüssel geben, damit er samstags die Sperren beseitigt, um überhaupt seinen Stand richtig aufbauen zu können. Wahrscheinlich ging es also auch nur um eine Einsparung. Der Stadtbedienstete für den Marktbetrieb muss ein paar Stündchen weniger da sein. Da kann man schon mal ordentliche Schilder und Poller aufstellen.

Danke

Wir bedanken uns für Hinweise und Ideen und für die großen und kleinen Spenden, die wir erhalten.

Unser Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG
IBAN
DE37 5085 2553 0009 0034 19

KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG

Bauantrag Terminal 3

In einer Erklärung der Bürgerinitiative heißt es u.a.:

In der dritten Augustwoche hat die Fraport AG über die Einreichung ihres Bauantrags für den Billigflieger-Flugsteig G des Terminals 3 informiert. Dieser Flugsteig sei planfeststellungskonform. Genau da liegt der Hase im Pfeffer: Die zuständige Behörde sah es im Planfeststellungsbeschuß von 2007 als hinreichend erwiesen an, dass die tatsächliche Luftverkehrsentwicklung nicht hinter den Prognosen in den Gutachten zurückbleiben würde. Von Low-Cost-Anbietern, die mittels Gebührenordnung erst aktiv angelockt werden mußten, ist darin keine Rede.

Dass der Planfeststellungsbeschuß aufgrund weit überhöhter Prognosen getroffen wurde, ist inzwischen Allgemeingut.

Zu überprüfen ist außerdem die Aussage, Billig-Airlines würden die Hub-Funktion stärken – ein hoher Transferanteil der Passagiere war ebenfalls Teil der Begründung zum Planfeststellungsbeschuß. Der Kurs-

wechsel der Fraport hin zum Billigsegment ist dort nicht abgedeckt.

Das sollte Ansatz genug sein, dass im hessischen Wirtschaftsministerium der Antrag abgelehnt wird. Gleiches erwarten wir vom Frankfurter Bauamt, zumal Oberbürgermeister Feldmann sich erst vor wenigen Wochen auf einer Rundtour in Frankfurt als Fluglärmgegner präsentiert hat.

Kerosin und Diesel - eine toxische Mischung

Anlässlich der Debatte um den „Diesel-Gipfel“ hat die Frankfurter Stabsstelle Fluglärm zurecht darauf hingewiesen, dass der Luftverkehr einen wesentlichen Anteil an der Stickoxid-Belastung im Rhein-Main-Gebiet hat.

Die wesentlichen Aussagen sind: Für den Anteil des Luftverkehrs an den für die Luftbelastung im Ballungsraum Rhein-Main relevanten NOx-Emissionen lässt sich für 2009/2010 ein Anteil von 12,7% berechnen, für den Kfz-Verkehr von 49,8%. Das heißt auch, dass der Luftverkehr immerhin ein Viertel der Menge beigetragen hat, die der als Hauptverursacher

bekannte Autoverkehr geliefert hat. Die Emissionen des Luftverkehrs sind seither um knapp 10% gewachsen. Die des Autoverkehrs hätten theoretisch wegen der strengeren Grenzwerte sinken müssen, sind aber real wegen des Betrugs der Autoindustrie ebenfalls gewachsen, wenn auch nicht ganz klar ist, um welchen Prozentsatz. Sollte aber diesen Verursachern irgendwann das Handwerk gelegt und die Grenzwerte eingehalten werden, könnte der Flugverkehr künftig die Rolle des Autoverkehrs als Hauptemittent einnehmen.

Was folgt aus all dem? Es wird immer deutlicher, dass die Abgase aus Verbrennungsmotoren und Turbinen gefährlicher sind, als bisher angenommen, und dass die aktuell geltenden Grenzwerte, selbst wenn sie eingehalten würden, die Gesundheit der Bevölkerung nicht wirklich schützen können. Für das Rhein-Main-Gebiet ist der Flugverkehr heute schon eine relevante Quelle dieser Abgase, und wenn die Wachstumsträume der Luftverkehrsindustrie wahr würden, könnte er in absehbarer Zeit zum Hauptvergifter avancieren.

Erneute Waldrodung droht

Erneut will man eine große Waldfläche vernichten. Die Firma Sehring hat bereits Bauzäune errichtet, um ein weiteres Waldstück in den kommenden Tagen zu roden.

Es handelt sich um das Gebiet parallel zur Steingrundschnaise und der Brunnenschnaise; das ist östlich der stillgelegten Zufahrtsstraße von Langen.

Westlich vom geplanten Kiesraubbau (ca. 1200 m) sind Brunnen von Walldorf.

Östlich davon sind Brunnen und das Wasserwerk West von Langen in ca. 800 m Entfernung.

Es geht hier nicht nur um den Wald. Es droht eine unwiederbringliche Vernichtung eines großen und na-



türlichen Trinkwasserspeichers mit einem exzellenten Kiesfiltersystem. Angesichts wachsender Probleme, das Rhein-Main-Gebiet mit unbelastetem Trinkwasser zu versorgen, ist diese Politik eines fortschreitenden Raubbaues geradezu grotesk.

Hinzu kommt, dass der derzeitige gewaltige Grundwassersee von 200 ha, liebevoll als Waldsee bezeichnet, durch Verkeimung (Badebetrieb) und Schadstoffe belastet ist. Nun wird auch das angrenzende Brunnensystem gefährdet.

Stadtgeschichten



Nach dem Zweiten Weltkrieg war neben der Kanalisation und der Abwasserbeseitigung auch die Müllabfuhr eine Aufgabe, die in den Städten und Gemeinden gelöst werden musste. Früher, während des Krieges und die ersten Jahre danach, als es noch wenig zu kaufen gab, war Müll oder Abfall kein Thema. Alles kompostierfähige kam bei der ländlichen Bevölkerung auf den Misthaufen oder wurde im Garten vergraben. Brennbares wie Holz und Papier wurde im Küchenherd oder im Ofen verbrannt. Der Rest, auch die Asche, kam in Walldorf in das so genannte „Krottenloch“, eine Mulde in der Nähe des heutigen Walldorfer

Feuerwehr-Gerätehauses. Den Namen bekam die Vertiefung wegen der Kröten, die darin schwammen. Auch wurde von hiesigen Landwirten mit einem Pferdefuhrwerk im offenen Kastenwagen Müll abgefahren, was oft mit Staub verbunden war. Dieses Provisorium bestand bis in das Jahr 1949, dann trat eine neue Ortssatzung in Kraft. So durfte wegen des anfallenden Staubes nicht mehr mit offenem Wagen entsorgt werden. Es musste ein geschlossener Wagen sein und der Schmiedemeister Karl Reviol in der oberen Langstraße baute ihn, eine echte Meisterleistung (siehe großes Foto). Auch dieser gummbereifte Müllwagen wurde noch von einem Pferd gezogen. Ab 1955 übernahm dann ein Lkw-ähnlicher Rolltrommel-Wagen (kleines Foto) die Abfuhr. Franz Rössel vom Walldorfer Bauhof war der erste Fahrer dieses Wagens. (Einige Informationen entstammen der Walldorfer Chronik.)

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden



Irish Folk Session für Musiker und ihre Gäste
Mittwoch, 4. Oktober - 19 Uhr, Eintritt frei

Cocktailabend „Spooky Halloween“
Freitag, 6. Oktober - 20 Uhr, Eintritt frei

**„Inside Steuerfahndung“, Buchvorstellung
von Frank Wehrheim**
Freitag, 13. Oktober - 20 Uhr, Eintritt frei

Das Vinyl wird gerettet
Donnerstag, 19. Oktober - 20 Uhr, Eintritt frei

**Das 9. Krimi-Dinner = entspannt essen
und gespannt rätseln**
Samstag, 21. Oktober - 20 Uhr, Eintritt: 25,-/ 20,-
(VVK nur im Kuba ab 15.10.)

Bal Folk Session für Musiker und ihre Gäste
Mittwoch, 25. Oktober - 19 Uhr, Eintritt frei

**Professor Humbug, Teil 2. Figurentheaterstück
für Kinder ab 6 Jahren**

Freitag, 27. Oktober - 15 Uhr, Eintritt: 5,-

Quiz Freitag, 27. Oktober - 20 Uhr, Eintritt frei

Konzert BestB4

Samstag, 28. Oktober - 20 Uhr, Eintritt: 8,-/ 6,-
(VVK im KuBa und Buchhandlung Giebel)

**Donald Trump und die USA. Songcollage mit
R. Baitinger, B. Kolbe und B. Pirner**

Montag, 30. Oktober - 20 Uhr, Eintritt: 8,-/ 6,-
(VVK im KuBa und Buchhandlung Giebel)

Unser Lexikon

Schbrisch

Liewer meh' Kerwegeld
in de Dasch,
wie aach noch
Strooßebeidrääsch
bezahle!